

Die Deutsche Polizeigewerkschaft im Gespräch mit dem Minister für Inneres und Europa

Zu einem gewerkschaftspolitischen Gesprächstermin trafen sich die DPolG und der Minister für Inneres und Europa, Herr Lorenz Caffier, am 23. April 2019 in Schwerin.

Der DPolG-Landevorsitzende Ronald Müller wurde dabei von seiner Stellvertreterin Annakatharina Kröge und dem DPolG-Bundvorsitzenden Rainer Wendt begleitet.

Leider war erst jetzt dieses erste und für uns wichtige Treffen, nach dem DPolG-Landesdelegiertenkongress im November 2018, möglich geworden.

Somit war die Themenliste der DPolG diesmal auch etwas länger.

Um es vorwegzunehmen, das Gespräch fand in einer konstruktiven Atmosphäre statt und Herr Caffier nahm sich Zeit, alle Punkte mit der DPolG zu besprechen.

Im Einzelnen brachte Ronald Müller gleich zu Beginn zum Ausdruck, dass die Evaluierung der Erschwerniszulagen für einzelne Bereiche der Polizei im Jahr 2018 ein wichtiger und richtiger Schritt für die Wertschätzung unserer Kollegen ist. Leider wurden entgegen der DPolG-Hinweise jedoch wichtige Dienstzweige nicht beziehungsweise unzulänglich berücksichtigt.

Als konkretes Beispiel wurden dafür die Einsatzhundertschaften des Landesbereitschaftspolizeiamtes aufgeführt. Ronald Müller führte dazu aus: „Diese Polizeikräfte leisten zu jeder beliebigen Tages-/Nachtzeit, an jedem beliebigen Wochentag einen unverzichtbaren Einsatz für die Bewältigung von polizeilichen Einsatzlage in Mecklenburg-Vorpommern und in allen anderen Bundesländern. Trotz ständig wechselnder Dienstzeiten/Einsatzzeiten wird diesen Kräften keine Erhöhung der Schichtzulage zuerkannt. Eine Sonderzulage „Bereitschaftspolizei“ von mindestens 60 Euro wäre hier ein Schritt in die richtige Richtung für die Wertschätzung der Einsatzhundertschaften der Bereitschaftspolizei.“

Diese Lösung wird bereits durch das Bundesland Brandenburg praktiziert.

Auch die weiteren Themen orientierten sich an den Beschlüssen des Landesdelegiertenkongresses:

So wurde durch Rainer Wendt und Ronald Müller auf die Notwendigkeit der Ruhegehaltshöhe der Polizeizulage aufmerksam gemacht. Das der Freistaat Bayern diese nie angetastet und aktuell der Freistaat Sachsen diese zum 1. Januar 2019 wieder eingeführt hat, zeigt deutlich, dass die Polizeizulage ein fester und integraler Bestandteil in der Alimentation von Polizisten ist.



> Die DPolG führte ein sehr konstruktives Gespräch mit dem Innenminister Lorenz Caffier, bei dem auch der Bundesvorsitzende Rainer Wendt zugegen war.

Dies wird in immer mehr Bundesländern anerkannt.

Die Abschaffung nach der Föderalismusreform war nicht nur eine soziale Ohrfeige an die Polizisten. Sie war ein Fehler, der korrigiert werden muss.

Ein weiteres Thema war die DPolG-Forderung, Streichung des § 20 der Erschwerniszulagenverordnung in Mecklenburg-Vorpommern.

Dieser Paragraph ist in der Bundesverordnung vor Jahren gestrichen und durch die §§ 17 a ff. ersetzt worden. Eine Rechtsanpassung ist aus Sicht der DPolG nicht nur aus redaktionellen Gründen erforderlich.

Neben den Finanzthemen kamen auch die baulichen Zustände einzelner Dienstgebäude der Polizei auf die Tagesordnung. Die Erkenntnisse der DPolG-Reviertouren durch die JUNGE POLIZEI in der PI-Güstrow und in der PI Wismar gaben konkreten Gesprächsstoff.

Ronald Müller machte gegenüber dem Minister deutlich, die Dienstgebäude der Polizei sind aus Sicht der Gewerkschaft nicht nur Arbeitsstätte der Po-

lizeibedienten, sondern auch ein Aushängeschild des Landes gegenüber seinen Bürgern und Gästen.

Die Containerlösungen im Polizeirevier Sanitz und dem Polizeihauptrevier Wismar zeigen ein verzerrtes Bild der Polizei, und das leider schon seit einigen Jahren.

Die DPolG zeigt durchaus Verständnis dafür, dass nicht alle baulichen Investitionsrückstände in den Altliegenschaften des Landes auf einmal behoben werden können. Allerdings dauern die Zustände in den beiden benannten Objekten aus Sicht der Gewerkschaft zu lange an.

Das für diese beiden Dienststellen Verbesserungen, auch durch die Mitwirkung der dienstlichen Leiter, eingeleitet wurden, nahmen wir gerne zu Kenntnis.

Wir werden diesen Prozess kritisch begleiten, damit sich die Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Kollegen sehr zügig verbessern.

Angesprochen wurde auch die Notwendigkeit der Ausrüstung



© DPoIG M-V

> Nach getaner Arbeit blieb Zeit für kurzweilige Entspannung in der Landeshauptstadt Schwerin.

weiterer Dienstbereiche der Landespolizei M-V mit Elektro-Distanz-Impulsgeräten.

Es ist aus Sicht der DPoIG zwingend erforderlich, dass die Ausrüstungslücke zwischen dem Schlagstock und der Schusswaffe geschlossen wird.

Das SOG lässt dies in seinem Gesetzestext durchaus zu.

Gerade in der Verhinderung von Angriffen auf Polizeikräfte, bei körperlicher Überlegenheit

der Angreifer, stellt dieses Gerät ein probates Abwehrmittel da. Genau dann, wenn die Einsatzmittel wie Reizgas oder der Schlagstock nicht geeignet und der Erfolg versprechend sind und die Schusswaffe nicht verhältnismäßig erscheint.

Aus unserer Sicht gehört es zu der Fürsorgepflicht des Dienstherrn, dafür zu sorgen, dass durch Ausrüsten mit technischen Einsatzmitteln ein Schusswaffeneinsatz gegen Personen möglichst vermieden wird.

Insbesondere, da die Gewalt gegen Bedienstete des öffentlichen Dienstes immer weiter zunimmt.

Studien in anderen Bundesländern haben gezeigt, so berichtete Rainer Wendt: „das ein hör- und sichtbares Einschalten des Gerätes in polizeilichen Gewaltsituationen häufig dazu geführt habe, dass die Angreifer sich abschrecken ließen und der eigentliche körperliche Angriff auf die Polizei unterblieben ist.“

Der Bundesvorsitzende bot dem Minister an, diese Berichte für die Meinungsbildung zur Verfügung zu stellen.

Insgesamt können wir konstatieren, dass es ein sehr konstruktives und wichtiges Gespräch war.

Wir konnten zeigen, dass unsere Gewerkschaft differenziert die Probleme behandelt und zu einer konstruktiveren Mitwir-

kung in der Problemlösung bereit ist.

Das Herr Caffier auf unsere Problemstellungen und Argumente nicht mit Ablehnung reagierte, sondern Prüfungen auf Machbarkeiten zugesichert hat, wurde von der DPoIG positiv zur Kenntnis genommen.

Wir werden weiter auf allen Wegen und mit allen gewerkschaftlichen Mitteln an der Verbesserung der dienstlichen Belange unseren Einfluss geltend machen, getreu dem Motto – Deinetwegen –!

Das der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern dabei auf die Unterstützung des Bundesvorstandes der DPoIG bauen kann, hat uns Rainer Wendt wieder persönlich unter Beweis gestellt.

Vielen Dank an Rainer für die Begleitung und Unterstützung bei diesem Gesprächstermin.
Euer Ronald (Mü) Müller

Einkommens- und Besoldungsrunde 2019 bis 2021

Knecht: Es ist geschafft – gemeinsam erfolgreich!

Beteiligungsgespräch im Finanzministerium: Der dbb m-v kann zufrieden auf den erfolgreichen Abschluss der Einkommens- und Besoldungsrunde zurückblicken.

Unmittelbar nach dem Tarifabschluss Anfang März für die Beschäftigten hatte der zurückgetretene Finanzminister Mathias Brodkorb, aufgrund einer Vereinbarung mit den Spitzenorganisationen aus dem Jahre 2018, die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme für alle Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns zugesagt. Dazu fand ein entsprechendes Betei-

ligungsgespräch im Finanzministerium statt. Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht: „Es ging dabei vorwiegend um die Definition des Begriffes ‚wirkungsgleich‘, da der Tarifabschluss auf der monetären Seite durch das beamtenrechtliche Abstandsgebot nicht ohne Weiteres auf die Beamtenschaft übertragbar war. Wir verständigten uns darauf, diese einzelnen Bestandteile in Form einer kompletten linearen Erhöhung zusammenzufassen.“



© DPoIG M-V

> Dietmar Knecht (links) im Gespräch mit dem zurückgetretenen Finanzminister Brodkorb.



Das bedeutet, dass sich die Besoldung abzüglich des seinerzeit vereinbarten 0,2-prozentigen Abschlages für die Versorgungsrücklage zum 1. Januar 2019 um drei Prozent erhöht, zum 1. Januar 2020 erneut um drei Prozent sowie zum 1. Januar 2021 um 1,2 Prozent. Ebenso werden die Be-

standteile für Mehrarbeit, Feiertagszuschläge et cetera in denselben Schritten erhöht. Anwärter erhalten zweimal 50 Euro zusätzlich. Die Jahressonderzahlung wird in die linearen Erhöhungsschritte ebenfalls einbezogen. Die genannten Eckpunkte werden schnellstmöglich in einem

Gesetzentwurf zusammengefasst.

Knecht äußerte sich zufrieden über dieses Ergebnis: „Damit ist die Einkommens- und Besoldungsrunde 2019 bis 2021 für alle Bediensteten – egal ob tarifbeschäftigt oder verbeamtet – erfolgreich zum Abschluss

gebracht worden. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, insbesondere auch bei den Beamtinnen und Beamten, die den Warnstreikaufrufen des dbb m-v in Rostock und Schwerin gefolgt sind. Gemeinsam haben wir alle zu diesem Erfolg beigetragen.“

(PM dbb m-v)

JUNGE POLIZEI tourt wieder durchs Land

Hier einige Impressionen von den Dienststellenbesuchen

Der Arbeitsschwerpunkt der JUNGEN POLIZEI liegt in der Betreuung der jungen Kolleginnen und Kollegen. Somit trägt sie als „Ideenwerkstatt“ zur gewerkschaftlichen Arbeit und Argumentation bei und deckt alle die Themenbereiche ab, die jüngere Kolleginnen und Kollegen interessieren.

Wir leben von unseren aktiven und engagierten Mitgliedern und freuen uns über jede Kollegin oder jeden Kollegen der sich aktiv in unsere Gewerkschaft oder Jugendorganisation einbringen möchte.

Bei Interesse oder aktuellen Problemen in der Ausbildung und Studium meldet euch einfach bei unserem Beisitzer Jugend oder in der Landesgeschäftsstelle.



© DPoIG-M-V (6)



Der Zweite Vorsitzende des dbb, Friedhelm Schäfer, fordert ein konsequentes juristisches Vorgehen gegen Angriffe auf öffentlich Bedienstete

Auf der Tagung „Gewalt am Arbeitsplatz – Schutz unserer Mitglieder als Arbeitnehmer und Opfer“, die die europäische Gewerkschafts-Dachorganisation CESI am 29. März 2019 im dbb forum berlin durchgeführt hat, betonte Schäfer, dass dazu auch der Personalmangel in der Justiz behoben werden müsse.

Als „verstörend“ bezeichnete Schäfer sich häufende Nachrichten von gewalttätigen Übergriffen auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und führte dies auch auf mangelnden Respekt der Menschen untereinander zurück. Unterstützt wurde Schäfer in dieser Auffassung von dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden des dbb, Jürgen Böhm, der zudem auf die wachsende Gewalt an Schulen und in den sozialen Medien hinwies. Schäfer: „Angriffe auf öffentlich Bedienstete sind immer auch Angriffe auf das Gemeinwesen. Es gibt dafür nicht den einen Grund und die eine einfache Lösung. Man kann und muss aber etwas tun – repressiv, mit den Mitteln des Strafrechts, wie präventiv.“ In diesem Zusammenhang sei die jüngste Verschärfung des

Strafrechts für Angriffe auf Amtsträger ein richtiger Schritt. Wenn dann aber „Staatsanwaltschaften und Gerichte aus Personalmangel nicht mehr in der Lage sind, Verfahren zeitnah zu eröffnen und mit einem Urteil abzuschließen“, gehe der Zeitfaktor verloren, der von entscheidender Bedeutung sei, „wenn man nicht nur bestrafen, sondern auch Einsicht erreichen will.“ Darüber hinaus müssten „Überzeugungstäter“ von rechts, von Links oder aus den Reihen der Reichsbürger spüren, „dass der Staat nicht zahnlos ist, dass Angriffe Konsequenzen haben.“ Auch hier sei die über Jahre verschärfte Personalsituation der Justiz ein lähmender Faktor.

Prävention mit Augenmaß sei wichtig. Bei Schutzmaßnah-



men für Beschäftigte müsse allerdings klar sein, dass es keine 100-prozentige Sicherheit geben könne und eine „komplette Abschottung der Verwaltung durch Hochsicherheitsmaßnahmen“ ein Ausdruck staatlicher Schwäche wäre. Letztlich, so der dbb Vize, entstehe Gewalt nicht aus dem Nichts. „Wo Jugendzentren aus Personalmangel geschlossen werden, wo sinnvolle Möglichkeiten betreuter Freizeitgestal-

tung fehlen und wo Eltern ihren Kindern keine oder egozentrische Werte vermitteln, wachsen Generationen heran, die nicht mehr angemessen mit Konflikten umgehen können“. In diesem Zusammenhang forderte Jürgen Böhm größere Freiräume für Lehrkräfte, um sich im Bereich der Gewaltprävention engagieren zu können.

(Quelle, dbb Bund)

Geburtstage im Monat Juni 2019

Der Landesvorstand und die Kreisverbände der DPoIG Mecklenburg-Vorpommern gratulieren allen im Monat Juni geborenen Kolleginnen und Kollegen und wünschen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Erfolg für die weitere Zukunft. Gleichzeitig bedanken wir uns für das vertrauensvolle Miteinander und freuen uns auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ein Jubiläum begehen in diesem Monat:

Katharina Müller Mathias Meerkatz Henry Bennemann

Wir übermitteln allen Geburtstagskindern die herzlichsten Glückwünsche, verbunden mit viel Schaffenskraft im neuen Lebensjahr und natürlich beste Gesundheit.

Der Landesvorstand und die Kreisverbände